

Correspondent

Erscheint
Mittwoch, Freitag,
Sonntag,
mit Ausnahme der Feiertage.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich eine Mark.

XXXII.

Leipzig, Mittwoch den 25. April 1894.

№ 47.

Nicht schön

Ist auch die jüngste Handlungsweise einiger sozialdemokratischer Blätter (der Vorwärts und die Sächs. Arb.-Ztg. liegen uns zur Stunde vor) gegen die Buchdrucker in der Lokalfrage. Der Freitagartikel „Die unsolidarischen Buchdrucker“ gibt ihnen Veranlassung zu ihrem neuerlichen unsolidarischen Verhalten.

Kapitalverbrechen dieses Artikels ist, daß er die Leipziger Buchdrucker verteidigt. Das finden sie unerhört!

So halten es denn auch beide Blätter den sündigen Buchdruckern gegenüber für überflüssig, auf die Materie der Differenz einzugehen, verdammen sie zum Kadavergehorsam und damit basta. Nun, daß „findet unsern Beifall“ nicht und die genannten Parteiorgane „täuschen sich sehr, wenn sie meinen, daß derartige Oberflächlichkeiten ihrem Ansehen bei den Buchdruckern nicht sehr schaden“.

Aber wenn sie ihr Scherbengericht wenigstens loyal führten! Das kann man aber von keinem der beiden Blätter sagen.

Sie reißen den Satz: daß sich die Leipziger Buchdrucker ein Verdienst um die allgemeine Sache erworben haben, indem sie die Anregung gaben, in der Boykottfrage andere Wege zu wandeln, aus dem Artikel heraus und ignorieren den herleitenden Nachsatz, welcher lautete: man sei sich auf den Parteitagen einig gewesen, daß der Boykott nur in Anwendung kommen solle, wenn ein Erfolg als wahrscheinlich anzunehmen sei. Da stützt sich denn der Vorwärts auf den Beschluß der Leipziger Partei (anstatt, wenn er sich einmal in die Sache mischt, auch zu untersuchen, ob derselbe angemessen ist) und behauptet den tatsächlichen Verhältnissen zum Trotz, es werde genug Rücksicht auf die Buchdrucker genommen; die Sächs. Arb.-Ztg. sodann thut das „Verdienst um die allgemeine Sache“ durch einen wind-schiefen Vergleich mit dem Streikbruch ab. Nun, Streikbrecher sind auch schon in Parteiblättern als Produkte der Verhältnisse entschuldigt worden, andererseits würde der Vergleich noch halbwegs passen, wenn in dem bezüglichen Artikel zum permanenten Boykottbruch aufgefordert worden wäre und wenn die Leipziger Verhältnisse nicht in der Art eigentümlich lägen, daß die Buchdrucker gemäß ihren Bedürfnissen gewissermaßen nur die Erfolge des Boykotts — soweit von solchen zu reden — voll ausgenützt haben wollen, wie auch der Freitagartikel nur Rücksichtnahme von der Partei forderte und keinerlei Rebellion im Arbeiterlager proklamierte.

Der ganze Vorfall ist überhaupt durch den Vorwärts in ein falsches Fahrwasser gesteuert und grundverkehrt zu einer Haupt- und Staats-Aktion aufgeputzt worden, während er nur lokale Bedeutung hat; damit ist gleichfalls höchst ungerecht gegen die Buchdrucker gehandelt. Andere lokale Streitigkeiten innerhalb der Arbeiterschaft

erwähnt der Vorwärts so gut wie gar nicht, sie werden auf diskretem Wege durch Schiedsgerichte, Parteitagskommissionen usw. geschlichtet, hier hingegen schlägt der Vorwärts gegen eine Arbeiterbranche, deren Angehörige er doch zur Partei zählt und zum überwiegenden Teil auch zählen kann, großen Lärm. Das nennen wir Herostratismus. Heutzutage nennt sich eben vieles Sozialdemokrat, was von sozialdemokratischen Lebensmoximen keinen Anflug hat. In Leipzig dreht es sich einfach um die örtliche Frage: sollen Lokale, deren Wirte bereit sind, auf jedesmaliges Verlangen, vielleicht (durch den Druck des sächsischen Militärboykotts genötigt) in einer gewissen Begrenzung, ihre Säle der Partei freizugeben, wie auch während der Wahl dort Parteiversammlungen stattfinden konnten, geöffnet werden oder nicht? Die Buchdrucker sind der Ansicht, daß von der betreffenden Kommission untastlich verfahren wird, indem sie von den Wirten zweckloser Weise verlangt, sie sollen zu ihr kommen und ihre Lokale unumschränkt und bedingungslos für jeden Tag und jede Zeit offerieren. Der Boykott in Leipzig kann aber die Wirte nicht zwingen, gegen die Militärbehörde die zu dieser Bedingung nötige Pphalang zu bilden, weil die Arbeiterschaft, die gesamte Arbeiterschaft — die die Buchdrucker aburteilt — sich wenig oder gar nicht um den Boykott kümmert und so wenig Chancen für die Wirte bietet, daß das frequenteste Parteilokal (Pantheon) beinahe allvierteljährlich seine Wirte wechselt und sonstige von der Partei alts-befessene Säle plötzlich verloren gehen.

Von dieser Misere wollten die Buchdrucker sich nicht noch länger schädigen lassen und gleich wie bei anderweitigen inneren Zwistigkeiten hätte der Vorwärts Buchdrucker und Parteibehörden in Leipzig auffordern müssen, Frieden herzustellen.

Selbst der Wähler wie auch die vereinzelt Leipziger Kollegen, die ihm beipflichten, erkennen die Lokalnot für die Buchdrucker an, die erwähnten Kollegen wollen die Partei bewegen, Abhilfe zu schaffen — was bei der jetzigen Sachlage eben keine Aussicht hat — und der Wähler verweist für die Sommerveranstaltungen auf eine noch im Bau begriffene Halle in dem baumlosen Garten (Wiese) der Brauerei eines vom Stadtzentrum eine Stunde entfernten Vorortes und proponiert dem Leipziger Vereine, sein Stiftungsfest (im Winter) in zwei Lokalen zu begehen, wie der Arbeiterverein. Daß letzterer dieses aus agitatorischen Gründen sehr gut thun kann, der Buchdruckerverein eben aus denselben Gründen umgekehrt sein Fest in einem Etablissement abhalten muß, will er ihm nicht — neben den fast doppelt so hohen Kosten — den entsprechenden Charakter rauben, das ist dem Buchdrucker-Redakteur des Wählers gleichgültig gewesen. Das ist nun die Art, wie die Interessen der Buchdrucker berücksichtigt werden!

Hoffentlich kann gegenwärtiges das letzte diesbezüglich polemische Wort im Corr. sein.

Mag der Vorwärts die Popularitätshascherei auf Kosten der Buchdrucker weiter treiben, wenn er sagt, andere, „gewöhnliche“ Arbeiter würden auch bei Nichtberücksichtigung ihrer Interessen den Pflichten gegen die Partei nachkommen. Wie es mit diesem „Nachkommen“ steht, kann er in obigen Zeilen lesen, weitere Fälle sind in den letzten Nummern d. Bl. aufgezählt worden und sie lassen sich beträchtlich vermehren. Wir halten dafür, daß die Arbeiter das Recht haben zu fordern, daß ihren Bedürfnissen Rechnung getragen wird“, lasen wir dieser Tage im Leipziger Wähler; das ist richtig. Doch auch die Partei hat den an sie hexantretenden Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Was thut sie mehr als die Bourgeoise, wenn sie selbe schlankweg leugnet oder sich grazios darüber hinwegsetzt?

Die Reichsdruckerei.

Aus allen größeren Städten brachte der Corr. Situationsberichte, denselben folge heute ein solcher von der Reichsdruckerei; es dürfte die verehrten Leser interessieren, einen Einblick in die dortigen Verhältnisse zu gewinnen. Die Reichsdruckerei besteht als solche seit dem Jahr 1879; sie ging hervor aus der im Jahr 1851 errichteten kgl. preussischen Staatsdruckerei und der K. v. Deckerschen Geh. Ober-Hofbuchdruckerei und gehört zum Ressort des Reichspostamtes. Das Institut hat in den letzten Jahren bedeutende Erweiterungen an Gebäuden, Anschaffung von Maschinenmaterial und Vermehrung des Personals erfahren. Neben dem Hauptbetriebe, der Buchdruckerei, sind die verwandten Gewerbe bezw. Künste, die Buchbinderei, Schriftgießerei und Stereotypie, Steindruckerei, Kupferdruckerei, Chalkographie, Photographie, Gravure usw. zur Anfertigung graphischer Erzeugnisse vertreten, ebenso hat das Etablissement eigne Schlosserei, Tischlerei, Maler, Glaser, Tapezierer, Elektrotechniker, kurz alle zur Instandhaltung des Betriebes erforderlichen Handwerker, Kunsthandwerker, Techniker und Künstler, so daß ein Gesamtpersonal von 1300 Menschen beschäftigt wird, welches aus Beamten, ständigen Werkleuten, Monatslöhnern und gegen Wochenlohn beschäftigten Arbeitern besteht. Den ständigen Werkleuten ist nach dem Etat für 1894/95 die Beamteneigenschaft beigelegt und dieselben sind, ähnlich wie in anderen Staatsbetrieben, etatmäßig angestellt. Auf der Weltausstellung in Chicago war die Reichsdruckerei unter den Ausstellern buchgewerblicher Erzeugnisse zu finden und durch drei sich abwechselnde Beamte des Instituts vertreten. Die Bibliothek der Druckerei steht dem Personale zur Verfügung; sie enthält außer mannigfaltiger technischer Literatur die meisten Fachzeitschriften, mit Ausnahme des Correspondenten f. d. Buchdr. u. Schriftg. Die Direktion hält es jedenfalls für selbstverständlich, daß die Kollegen denselben selbst halten. Für die leiblichen Bedürfnisse der Angestellten ist eine Kantine eingerichtet, welche der Größe der Anstalt nicht entspricht; man vermischt einen Speisesaal, den andere staatliche Institute haben, ebenso die für eine so große Arbeiterzahl als Bedürfnis empfundene Badeanstalt. Gehen wir spezieller auf die Buchdruckerei-verhältnisse ein.

Die Sezeräle liegen in der ersten Etage, die Maschinenräume im Parterre und der zweiten Etage. Die Ventilation, Heizung und Reinigung ist gut, überhaupt sind die Lokalitäten in hygienischer Beziehung musterhaft; die Beleuchtung ist durchweg elektrisch. Die Arbeitszeit ist eine zehnstündige von 7 bis 5 Uhr einschließl. einer halben Stunde Frühstück und einer Stunde Mittag, jedoch darf in der Mittagspause niemand ohne besondere

Erlaubnis das Haus verlassen; es ist gestattet, sich zehn Minuten vor Geschäftsschluss zu säubern. Sonntagsarbeit und Ueberstunden, welche bis vor drei Jahren noch Regel waren, kommen nur in seltensten Fällen vor. Der Lohn ist im allgemeinen niedrig; in dieser Beziehung war die Verschmelzung der Dederischen mit der Staatsdruckerei für das Personal kein Vorteil, da man die in der Dederischen Druckerlei üblichen schlechten Löhne und die uneingeschränkte Arbeitszeit nebst den dieses System tragenden Beamten mit hinübernahm. Die Staatsdruckerei zahlte seinerzeit schon einen Lohn von 27 Mk., die spätere Reichsdruckerei einen Anfangslohn von 23,40 Mk. Durch tarifliche Ausgleiche beträgt jetzt der Anfangslohn 25,80 Mk., welcher, je nach Leistung, in kürzerer Zeit auf 27 Mk. erhöht wird und alle zwei bis drei Jahre um 1,20 Mk. steigt, bis zu 36 Mk. Ein Institut, welches einen Jahresüberschuß von über 1 1/2 Millionen Mark macht, kann höhere Löhne zahlen; sieben Ahtel der Beschäftigten erhalten trotz langjähriger Dienstzeit noch nicht einmal 30 Mk. — Von den obenangeführten 1300 Personen sind im Betriebe der Buchdruckerei 4 Oberfaktoren, 9 Faktoren, 9 Hilfsfaktoren, 30 Oberseher, Korrektoren und Metreure, 175 Seher, 51 Maschinen- und 18 Pressenbrüder, 10 Seher- und 12 Druckerlehrlinge thätig. Das Büropersonal, die Beamten, sowie die Reviseurs von Wertpapieren, zusammen etwa 40, sind zum größten Teile frühere Seher.

Anlässlich des letzten Streiks ließ die Direktion die unnötige Vorsicht walten, Vereinsmitglieder nicht mehr einzulassen und die Einzustellenden zum Austritt aus dem Vereine zu verpflichten, dagegen konnten die schon vorher beschäftigten Mitglieder im Vereine bleiben, nur sollten sie nicht agitatorisch wirken. Diese Maßregel wurde noch lange nach dem Streit gehandhabt, trotzdem dieselbe durch Direktionsverordnung wieder aufgehoben war. Besonders ließ der die Annahme ausführende Herr es sich angelegen sein, die Anfangenden vor dem Verbanne zu warnen. Der Berliner Gauvorstand erbat sich in dieser Angelegenheit eine Audienz beim Direktor, Herrn Geh. Oberregierungsrat Busse, welche den Erfolg hatte, daß Anfangende nicht mehr nach der Angehörigkeit zum Verbanne befragt werden, überhaupt den in der Reichsdruckerei beschäftigten Buchdruckern ihr Koalitionsrecht nicht geschmälert wird. Eine Deputation vom Gutenberg-Bunde (Keinweber), welche zwecks Agitation beim Herrn Direktor vorstellig werden wollte, wurde nicht empfangen. Als einen Fortschritt kann man die Abschaffung des Berechnens begrüßen, welches bis vor einem Jahr in einigen Abteilungen bei drängenden Arbeiten vorkam. Zuletzt wurde bis vor wenigen Wochen das Patentblatt im Berechnen hergestellt. Wenn man das Wort „Mordarbeit ist Mordarbeit“ anwenden will, so war es hier angebracht; das war kein Arbeiten mehr, es wurde „gerungen“. Die Befriedigung der notwendigsten menschlichen Bedürfnisse wurde in die Pausen verlegt; außerdem blühte die „Schusterei“, es wurde in die Frühstückspause und Mittagspause hineingearbeitet, des Abends gingen die „Berechner“ 15 bis 20 Minuten später aus der Druckerlei. Daß die Kollegen unter solchen Umständen Rednungen bis zu 40 Mk. machten, ist erklärlich. Bei Renovierung des betreffenden Seherzimmers kamen bedeutende Arbeitsstörungen vor, so daß die Seher den Abteilungsleiter um Entschädigung oder Wochenlohn ersuchten. Es ist eines Faktors Pflicht, zwischen Arbeitgeber und -nehmer vermittelt zu wirken, das ist wohl hier außer acht gelassen worden, es hat den Anschein, als ob die „Medlung“ recht unglücklich angebracht wurde; die Betriebsleitung ersah in dem Ansuchen der Seher eine Demonstration und hob das Berechnen auf. Man verlangte jetzt gar im Lohn annähernd dasselbe Sappensum wie vorher im Berechnen. Fünf Kollegen waren in ihren Leistungen soweit zurückgegangen, daß sich das Satzquantum mit dem Lohne nicht ganz deckte und es erfolgte deshalb ihre Kündigung. Wir wollen hierzu erwähnen, daß selbst der in Berlin sehr bekannte Herr Krickmeyer von seinen Arbeitern, wenn dieselben glatte Beilen setzen, nicht mehr verlangt als ihr Lohn beträgt. Ein einflussreicher Vorgesetzter ist nach seiner Aeußerung der Meinung, der Verband sei der Instifter dieses Komplottes gewesen; wir können dem Herrn versichern, daß dieses vollkommen unzutreffend ist. Der Verband hat das größte Interesse, mit der Direktion in Frieden zu leben und wer von einem Komplott spricht, der möchte gern so etwas haben, nach berühmten Mustern. Von den fünf Geflügelten gehört ein Kollege dem Verband an, die anderen haben in ihrer bis zu zwölf- bzw. vierzehnjährigen festen Kondition an der vollen Staatskrippe nie daran gedacht, daß es auch arbeitslose, Monate und Vierteljahre lang arbeitslose und hungernde Kollegen gibt; ich glaube die erste Minute nach der Kündigung schon haben die vier Kollegen bedauert, nicht im Verbanne zu sein, jetzt geben die Herren der Direktion die Schuld, weil dieselbe den Verband früher nicht zugelassen habe. Weiter gibt es unter den Faktoren noch einige Herren, welche den Verband in einer ungeschönten Weise bekämpfen und den Mitgliedern gern ein sozialdemokratisches Mäntelchen

umhängen. Die Ideale der Verbandsmitglieder sind Verbesserung ihrer Arbeits- und Lohnverhältnisse und Mitgefühl für ihre arbeitslosen Kollegen, sie vor dem Schlimmsten zu bewahren, vor Hunger und der Armen-direktion. Ist es denn ein Vergehen, Mitleid mit existenzlosen Kollegen zu haben?

Bedauerlich ist eine Verfügung der Direktion, nach welcher Ausgelernte bis zu einem bestimmten Zeittermin die Anstalt verlassen müssen, um ihre Kenntnisse zu erweitern und Erfahrungen zu sammeln; es bleibt denselben unbenommen, sich später wieder um Einstellung zu bemühen. Wenn das Institut nun einmal Beschlinge ausbildet, so können sie auch die verschiedenen „Versuchstationen“ in weiter Welt durchmachen, man müßte dann aber den Ausgelernten, da man sie nicht länger behält, einen höhern Lohn geben als dies jetzt geschieht. Veränderung gibt Erfahrung und Bildung nicht nur in technischer Beziehung, das dehnt sich auch auf den Charakter aus. Wer nie die Lebenslage wechselt, bleibt in seinem Fache wie im Gemüt einseitig. Ein Oberfaktor, der eine ca. 40 jährige Buchdruckerthätigkeit in der Reichs- bzw. v. Dederischen Druckerlei hinter sich hat und zu den erwähnten mit übernommenen Beamten gehört, gab einem geflügelten Ausgelernten, welcher sich am Morgen nach Stellung bemühen wollte, den Rat, dies nach Feierabend zu thun, der junge Kollege machte dem Oberfaktor erst plausibel, daß man am Abende keine Kondition suchen gehe und daß ihm die Gewerbeordnung zur Seite stehe, was dem Herrn ganz fremd war.

Derselbe Herr Oberfaktor beliebt auch politische Ansichten, die seine Untergebenen haben könnten, zu glossieren, ebenso bei Erteilung einer Rüge dies nicht dem Betreffenden in ruhiger Weise zu sagen, sondern den ganzen Saal in Aufregung zu bringen, sodas man glaubt, man befinde sich auf einem Kasernenhof und nicht in einem Seheraal; eine derartige Handlungsweise von einem Vorgesetzten in einem Staatsbetriebe ist nicht musterhaft. Durch ein Vorurteil suchte der Herr einen Kollegen von seiner Beschwerde gegen einen Vorgesetzten abzuraten, indem er dieselbe als ausichtslos hinstellte, der Kollege beschwerte sich dennoch und bekam auf sein Recht, Dank der Unparteilichkeit des Direktors, welcher bei allen Arbeitern des Instituts als ein ihnen wohlwollender Vorgesetzter angesehen ist.

Versuchsweise tritt man in einigen Staatswerkstätten der neunstündigen Arbeitszeit näher, so auch in den Maschinenbauwerkstätten der kaiserl. Werften. Es dürfte der Reichsdruckerei nicht schwer fallen, die Arbeitszeit auf 9 Stunden zu bringen. Das Personal würde gewiß gern 1/2 Stunde Mittagszeit für 1 Stunde frühern Schlaf eintauschen, so daß das Institut nur mit einer halben Stunde zu rechnen hätte. Durch die hohen Berliner Wohnungsmietspreise sind die meisten Arbeiter gezwungen, an der Peripherie der Stadt, welche nur in einer Zeit von 30 beziehungsweise 60 Minuten zu erreichen ist, oder gar außerhalb zu wohnen. Unter den jetzigen Verhältnissen hat man im günstigsten Fall abends um 6 Uhr erst sein warmes Mittagessen. Vielleicht enthält der nächste Bericht schon eine erfreuliche Veränderung in diesem Punkte.

Ein großer Teil der Kollegen in der Reichsdruckerei steht dem Verbanne noch fern, in der egoistischen Meinung, ihn in diesem Institut nicht zu brauchen, man habe ewige Kondition. Die letzten Kündigungen haben diesen Schleiher gehoben, sie werden manchen ermahnen, sich auf eigene Füße zu stellen, sich solidarisch mit seinen Mitarbeitern zu fühlen, sich in den Kreis der Kollegen zu begeben, welche sich gegenseitig in allen Lebenslagen bestützen. Wer sich dauernder Stellung erfreut, dessen Pflicht ist es, Pöbel an seinen arbeitslosen Kollegen zu üben, er komme zu uns, in den Verband!

Berlin.

Korrespondenzen.

K. Duisburg, 16. April. Die Tagesordnung zum diesjährigen Gaultage von Rheinland-Westfalen weist einige in unser Vereinsleben tief einschneidende Anträge auf, welche, wenn dieselben zur Annahme gelangen sollten, die Beiträge mit einem Schläge wieder auf die frühere Höhe senken würden. Zunächst ist es der alte Antrag Rheinland-Westfalens zu verschiedenen Generalversammlungen, die Gründung einer Witwen- und Waisenkasse betreffend, der jetzt, nachdem er immer abgelehnt worden ist, von mehreren Orten für den Gau Rheinland-Westfalen gestellt wurde. Sodann ist es der Antrag auf Gründung einer Konditionslosen-Zuschußkassen und zum dritten der Antrag auf obligatorische Einführung des Correspondenten. Alle diese Anträge werden, wie gesagt, wenn angenommen, für unsern Gau die wöchentlichen Beiträge auf die frühere Höhe bringen und dadurch fallen alle diejenigen Erwartungen, welche von vielen Seiten auf eine Reduzierung der Beiträge gesetzt wurden, wieder in nichts zusammen. Welchen bedeutenden Erfolg in agitativer Beziehung erwartete man durch eine Erniedrigung der Beiträge gerade in Rheinland-Westfalen und in der That hat ja auch der Mitgliederstand unverhältnis-

mäßig zugenommen. Aber nichtsdestoweniger haben wir auch fortgesetzt eine größere Anzahl von Ausschlüssen und Austritten zu verzeichnen, welche klar erkennen lassen, daß sogar für viele der heutigen „niedrigen“ Beitrag noch unerträglich ist. Man frage nur bei den Kassieren an, sie können ein Bedauern davon singen, mit wie viel Mühe und Last die regelmäßigen Beiträge einzutreiben sind. Hierzu kommt, daß nach der Neunstundenbewegung eine im Gau nie gekannte Nachfrage nach vakanten Seher- und Maschinenmeisterstellen eingetreten ist und hiermit geht Hand in Hand eine bedauerliche Unterbietung im Lohne. Stellen, welche früher bedeutend besser salarisiert wurden, werden jetzt mit dem Minimum oder einer Mark darüber bezahlt. Alle Verbandsfunktionäre unsers Gau's werden bestärkt müssen, daß an ihren Orten ein Teil der Nichtmitglieder sehr gern bereit wäre, dem Verbanne beizutreten, dieses aber infolge seiner gedrückten Lage nicht vermag. Diese Klage ist so alt wie der Verein selbst. Demzufolge machte der Corr. schon zu wiederholten Malen den Vorschlag, für diesen Teil der Kollegen den Ausweg zu treffen, daß man sie vorerst nur in der Allgemeinen Klasse aufnehme und sie nach und nach in die anderen Klassen überführen solle, um sie dadurch gewissermaßen an unsere Beiträge zu gewöhnen. Troß all der geschilderten traurigen Verhältnisse in unserm Gau will man nun durch obligatorische Einführung einer Witwen- und Konditionslosen-Zuschußkassen die Beiträge noch erhöhen. Ich gebe gern zu, daß die Gründung einer Witwen- und Waisenkasse einem sehr edlen, humanen Gedanken entspringt, aber für mich ist nur die Lebensfähigkeit und die weitere kräftige Ausgestaltung des Gewerbevereins maßgebend. Es ist unsere heiligste Pflicht, danach zu streben, daß unsere Lebensverhältnisse sich besser gestalten, daß wir nicht so früh Witwen und Waisen hinterlassen müssen, sondern unserer Familie recht lange einen Ernährer und Vater erhalten. Zur Erreichung dieses Zieles brauchen wir aber nicht nur die augenblicklich im Gau konditionierenden 1000 Mitglieder, sondern auch vor allem die 4000 uns fernstehenden Kollegen. Diese für unsre Sache zu gewinnen, liegt in unser aller Interesse und dies ist nur möglich durch möglichst niedrige Beiträge. Das es für die zahlreich im Gau beschäftigten Kollegen mit Löhnen von 20 und 21 Mark keine Kleinigkeit ist, Beiträge bis zu 2 Mark wöchentlich auszubringen (mit den Beiträgen zur Oriskranken- und staatlichen Alters- und Invaliditätsversicherung), wird doch wohl jeder zugeben müssen. Ich mache den Vorschlag, die Witwenkasse fakultativ zu gestalten, also den Zwang fortzulassen. Unser Verein basiert ja auch auf dem Prinzip: Gleiche Pflichten, gleiche Rechte. Man kann also konsequenter Weise wohl nicht von den ledig bleibenden Kollegen verlangen, zu einer Kasse zu feuern, in welcher sie niemals Rechte erlangen. Daß unter den heutigen traurigen Verhältnissen mancher heiratsfähige Kollege es sich drei Mal überlegt, ehe er den folgenschweren Schritt thut, sich ins „süße“ Ehejoch zu stürzen, dürfte bekannt sein. Aber auch dem verheirateten Kollegen bietet eine derartige Gaukasse keine Gewähr dafür, daß seine Angehörigen im Sterbefalle jemals eine Unterstützung erhalten werden, denn sämtliche Anträge laufen auf eine Karenzzeit hinaus; der Gauvorstand will eine solche von 100 im Gau gesteuerten Wochen festgesetzt wissen. Gesezt den Fall aber, ein Mitglied hätte meinetwegen 20 oder 30 Jahre im Gau zu dieser Kasse Beiträge entrichtet und müßte denselben durch irgend eine Ursache verlassen, so hätte er alle die Jahre umsonst gesteuert. Dieser Grund allein sollte übrigens geeignet sein, die Gründung einer derartigen Kasse durch den Gau abzulehnen. Es lassen sich aber noch mehr Argumente, welche gegen die Gründung einer Gau-Witwenkasse sprechen, anführen. — Was die Konditionslosen-Zuschußkassen betrifft, so kann ich auch dieser Kasse keinen Geschmack abgewinnen. Hier dürfte der Antrag Oberhausen zu empfehlen sein: Den Gauvorstand zu beauftragen, dahin zu wirken, daß die Konditionslosen-Unterstützung (durch den Verband, so fasse ich den Antrag an) am Ort auf 1,50 Mk. den Tag erhöht werde. Jedenfalls soll man sich hüten, neue Kassen ins Leben zu rufen, hat es doch jaresslanger heißer Kämpfe bedurft, um vielen dieser Kassen und Kassen, die einer gesunden Entwicklung des Gewerkevereins hemmend im Wege standen, das Lebenslicht auszublasen! Ob übrigens Kassen mit hohen Unterstützungsätzen veredelnd auf die Mitglieder einwirken, will ich dahingestellt sein lassen. Hauptsache ist, daß bespülweise Krankenkassen mit hohen Leistungen viele Simulanten zeitigen. — Zu gunsten der obligatorischen Einführung des Corr. läßt sich ja viel beachtenswerthes anführen, ich muß mich aber aus den von mir oben entwickelten Gründen (weil dieselbe eine Steuerrhöhung involviert) dagegen aussprechen. — Zum Schluß möchte ich noch den Herren Delegierten dringend ans Herz legen, erst nach reiflicher Ueberlegung ihr zustimmendes Votum zu den Anträgen abzugeben; ich habe die feste Ueberzeugung, daß man die fernere Ausbreitung des Verbandes in unserm Gau durch Ablehnung derselben mehr begünstigt.

Frankfurt a. M., 14. April. Die heute abgehaltene sehr gut besuchte Bezirksversammlung gab dem Vorsitzenden beim 1. Punkte der T. D. (Geschäftliche Mitteilungen) Veranlassung, die Unterlassener aufzufordern, ihre monatlichen Ablieferungen der Beiträge etwas pünktlicher zu besorgen, was im Interesse einer geregelten Buchführung energisch gefordert werden müsse, und verlas dann, einem früheren Beschlusse gemäß, die Druckereien, welche noch nicht abgeliefert hatten, mit dem Wunsch, daß er künftig nicht mehr nötig haben möge, eine so unliebsame Arbeit zu vollbringen. Der Mitgliederstand Ende 1893 war laut Bewegungstatistik 247, zugeerbt sind 23, neu resp. wieder eingetreten im 1. Quartale 17, zum Namen 187, abgestorben 1. Invaliden 16, gestorben 1; krank 27 Mitglieder. Heutiger Stand 295 Mitglieder. — Als Schriftführer wurde Leopold Döhl gewählt. — Hierauf referierte Herr Reichstagsabgeordneter Ulrich-Ostendorf über die Bedeutung des 1. Mai. Redner führte in seinem ebenso interessanten wie formvollendeten und mit großem Beifall aufgenommenen einständigen Vortrag aus, wie seit 1889 am Pariser Kongresse, wo der Gedanke zuerst laut geworden, daß an einem Tag im Jahre die Arbeiter der ganzen zivilisierten Welt durch eine gemeinsame Feier eintreten sollen für Verkürzung der Arbeitszeit, für Arbeiterschutz usw., sich die Anhänger dieses Gedankens stets vermehrten und die Feier sich immer imposanter gestaltet habe. Gleich nach obigem Kongresse hätte sich eine Verschiedenheit in der Auffassung, wie dieser Tag begangen werden sollte, herausgestellt. Aber der Brüsseler und zuletzt der Kölner Kongreß habe darin Klarheit geschaffen. Redner sieht in der absoluten Ruhe nicht den Hauptzweck der Maifeier, sondern in der energigsten Forderung der oben angegebenen Reformen; im ersten Falle würde sehr leicht die Feier zu einem Vergnügen ausarten, während eine Demonstration durch Versammlungen, die in der ganzen Welt an einem und demselben Tage stattfinden, wo von dem Proletariat der ganzen Welt ein und dieselben Forderungen gestellt werden, wenigstens im Geiste den Ruf Karl Marx': Proletarier aller Länder, vereinigt euch! zur Wahrheit mache. Damit solle aber nicht gesagt sein, daß die Arbeitsruhe an diesem Tag überflüssig sei. Im Gegenteil. Er halte aber diese Forderung für eine taktische; dort, wo es den Arbeitern ohne eigne Schädigung möglich ist zu feiern, müßten sie es thun. Wenn die Konjunktur wieder für die Arbeiter günstig sein werde, werde man auch die Forderung allgemeiner Arbeitsruhe stellen und, wie er überzeugt sei, durchsetzen. Die Bourgeoisie sehe in diesem internationalen Gedanken eine Gefahr und versuche mit allen Mitteln, selbst durch Provokationen, die Arbeiter zu Gewaltthatigkeiten zu reizen, um die Feier zu verhindern (z. B. Oesterreich). Redner zeigte sodann in einer Reihe statistischer Zahlen das Anwachsen der Maschinenkräfte und als Folge die immer größer werdende Entbehrlichkeit menschlicher Arbeit, so daß die Forderung der Verkürzung der Arbeit eine Notwendigkeit ist. Hierauf wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute im Saale Zur Hopfenblüte tagende Buchdrucker-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten Reichstagsabgeordneter Ulrich über die Bedeutung des ersten Mai voll und ganz einverstanden und erklärt es als Pflicht jedes Kollegen, sich an der Feier als erneuter Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit zu beteiligen durch Arbeitsruhe oder, wo das nicht möglich ist, durch Teilnahme an den an diesem Tage von der Arbeiterchaft Frankfurts in Aussicht genommenen Versammlungen.“ Hierauf wurden 20 Kollegen als Delegierte für die im Juni stattfindende Generalversammlung der Orts- und Provinzkommission sowie der Sachkommission vorgenommen. Eine größere und sehr lebhaft diskutierte Entschiedenheit sich bei Punkt 7 der T. D.: Obligatorische Einführung des Correspondenten im Bezirk. Als Resultat der Debatte gilt die Annahme folgenden Antrages: „Die Versammlung spricht sich prinzipiell für die obligatorische Einführung des Corr. für den Bezirk Frankfurt aus und beauftragt den Vorstand, die nötigen Schritte einzuleiten und demnächst der Versammlung diesbezügliche Vorschläge zu machen.“ Schluß 12 Uhr.

Le. **Hamburg.** (Schluß.) Am 8. d. M. fand die Fortsetzung der Generalversammlung des hiesigen Vereins statt. Als wichtigster Punkt stand die obligatorische Einführung des Corr. auf Kosten des Vereins zur Beratung, verbunden mit der Herabsetzung des Beitrags zur Allgemeinen örtlichen Kasse im Falle der Ablehnung des ersten Teiles. Von einem Mitgliede wurde ein Antrag eingereicht, die Sache den Mitgliedern durch Abstimmung zu unterbreiten; ferner ging noch ein Antrag ein, den Corr. nicht zu beschaffen, dagegen den Beitrag so zu belassen wie jetzt und den Konditionslosen eine höhere Unterstützung zuzusprechen zu lassen und ein Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung. Ersterer Antrag konnte nicht verhandelt werden, weil nicht zur Tagesordnung passend; letzterer Antrag wurde abgelehnt. Begründet wurde derselbe vom Antragsteller dadurch, daß eine große An-

zahl von Kollegen, was leider zu bedauern, sich für den Corr. gar nicht interessiren, sie würden denselben nicht acceptieren und es sei doch gewiß nicht unser Wille, diesen Leuten Vektüre aufzudrängen, wofür sie nicht zu haben seien; es wäre besser jetzt, wo jeder, der den Corr. liebt, dies aus freiem Willen, aus Interesse thue und überdies wäre eine Herabsetzung des Beitrages um 10 Pf. pro Woche wohl sehr am Platze. Für die obligatorische Einführung des Corr. sprachen dann noch eine Reihe von Rednern; es wurde darauf hingewiesen, daß gerade jene Leute, welche den Corr. nicht ließen und ihn zurückweisen würden, doch schließlich zu der Erkenntnis kommen müßten, sich mit seinem Inhalte vertraut zu machen. Es wurde auf Oesterreich hingewiesen, wo die Lieferung des Vornamens an die Mitglieder sich in glatter Weise vollzöge, auch andere Gewerkschaften hätten ihr Organ und dies diene ihnen zur Agitation für ihre Interessen (leider haben manche Gewerkschaften schon schlimme Erfahrungen damit gemacht. Ein.). Man solle nur getrost dem Beispiel anderer deutscher Städte nachahmen und es ließen sich alle Schwierigkeiten überwinden. Auf eine Anfrage, wie sich denn der Vorstand die Verbreitung denke, da dies für eine Großstadt doch schwer zu bewerkstelligen sei, wurde die Antwort, daß große Geschäfte für das gesamte Personal wie einzelne bei der Post bestellen und nach Vorzeigung der Postquittung den ausgelegten Betrag vom Vereine zurückerhalten. Nach einer längeren Debatte wurden denn schließlich alle anderen Vorschläge abgelehnt und der Antrag: Lieferung des Corr. auf Kosten des Vereins vom 1. Juli d. J. ab und Beibehaltung des Beitrages in jetziger Höhe, mit überwiegender Mehrheit angenommen. (Der Vorstand erließ nun folgende Bekanntmachung an die Mitglieder: „In der am 8. April abgehaltenen Generalversammlung wurde beschlossen, vom 1. Juli 1894 ab für jedes Mitglied ein Exemplar des Correspondenten f. Deutschl. Buchdr. u. Schriftz. auf Kosten des Vereins zu halten. Die Mitglieder werden aufgefordert, soweit es ihnen paßt, die Exemplare bei der Post zu bestellen und zwar vorzüglich in der Form, daß der Corr. von der Post abgeholt wird. Diese Art des Bezuges ist besonders zu empfehlen, wo mehrere Mitglieder in einem Geschäft konditionieren. Auf diese Weise bezogen kostet das Exemplar 1 M., sonst mit Bringgeld 1,25 M. Die Postquittungen sind bei dem betreffenden Beitrage beizulegen und von dem ersten Beitrag im Quartal abzuziehen.“) Des weitern stand eine Aenderung im Statut zur Beratung betr. Veröffentlichung unserer Versammlungen usw. Es wurde beschlossen, konform dem eben angenommenen Antrage, vom 1. Juli d. J. ab die Einberufungen aller Versammlungen, auch der Generalversammlungen, nur noch durch den Corr. im Inseratenteile erfolgen zu lassen. Somit ist nun auch Hamburg-Altona in die Reihe derjenigen Städte gerückt, welche den Corr. obligatorisch eingeführt haben. Hierauf erstattete der Vorsitzende Bericht vom Gewerkschaftsstatist. Von Entnahme der Maimarken (deren Ertrag den einzelnen Gewerkschaften verbleibt) wurde abgesehen. Wer von seinem Tagelohn am 1. Mai etwas abführen wolle, wisse wohl, wohin er sich zu wenden habe. An den von der sozialdemokratischen Partei veranstalteten Versammlungen wurden die Kollegen aufgefordert teilzunehmen, da es moralische Pflicht sei, dieselben zu besuchen. — Am 15. d. M. fand nach der Uebergabe der Geschäfte der abtretenden an die antretenden Mitglieder des Vorstandes die Aufnahme von 34 neuen Mitgliedern statt (darunter 29 Ausgelernte). Während es noch vor mehreren Jahren Brauch war, daß zu den Freisprachen der Lehrlinge die Gehilfendeputation von den Prinzipalen geladen ward, so sind die Verhältnisse jetzt andere geworden, von einem harmonischen Zusammengehen in der Weise kann mit jenen Herren, welche unsere Rechte verkürzen: Verkürzung der Arbeitszeit, so schändlich zurückgewiesen haben, keine Rede sein; es war daher die Aufnahme der jungen Leute in den Verband ein feierlicher Akt zu nennen. Vorweg nahm Vizepräsident Stengele das Wort zur Mitteilung, daß unser Präses F. C. Schulz am 12. d. M., Donnerstags, auf eine fünfzigjährige Thätigkeit als Buchdrucker zurückblicken dürfte. Leider war dies in Kollegenkreisen nicht bekannt. Es wurde von allen Seiten gratuliert. Eine kleine Festlichkeit wird noch folgen. In einer würdigen Ansprache wurden die jungen Kollegen durch unsern Präses F. C. Schulz auf das Gute und Edle aufmerksam gemacht, welches wir organisierten Gehilfen verfolgten und wurde allen aus Herz gelegt, daß unser Streben stets dahin gehen müsse, die Verbesserung unserer materiellen und geistigen Lage zu erstreben, denn dies sei nur möglich durch das Zusammenwirken Aller. Ferner wurden noch einige Toaste ausgebracht und die Feier nahm einen recht schönen Verlauf.

Laufenden zu halten.“ Das ist sehr nett. Nebenbei liegt dem Herrn aber auch daran, daß die Personale dadurch von dem Lesen der sozialistischen Presse abgehalten und somit „zajum“ erhalten werden. „Selbstverständlich“ hat er nur nichtsozialdemokratische Blätter im Auge — die Sozialdemokraten werden wahrscheinlich gar nicht auf seine Unregung warten — und verpricht sich von dem Eindringen der kapitalistischen Presse in die Familien der Berufsgenossen auch einen Nutzen für den Bestand der heutigen Gesellschaft. Schwärmer! Als wie wenn die Klatschpresse den Bedrückten die heutigen Zustände als herrlich einreden könnte! Die Leipziger Kollegen, die Corr. und Reform an die Lehrlinge verteilen, machen, wie man sieht, Schule.

Der Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Lebergalanteriewaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands hatte am Schlusse des vierten Quartals in 48 Mitgliedschaften 2608 männliche und 213 weibliche Mitglieder und verausgabte im genannten Quartal an Reise-Unterstützung 866,04 M. Die Buchbinder-Zeitung hatte 786,64 M. Einnahme und 1695,54 M. Ausgabe. Kassenbestand der Verbandskasse am 1. Januar 1894: 18377,52 M.

Die Militärbehörden in Brandenburg machen für die sozialdemokratische Brandenburger Zeitung införmig Reklame, als sie den Soldaten alle Lokale verbieten, in welchen die genannte Zeitung ausliegt. Bis jetzt zählt die Liste gegen 60 solcher Wirtschaften. Die Sozialdemokraten boykottieren dagegen alle Lokale, in denen die Zeitung nicht ausliegt.

Die Bazar-Aktiengesellschaft in Berlin zahlte pro 1893 10 Proz. Dividende = 60 M. für jede Aktie und 30 M. für jeden Genussschein. Das ursprüngliche Aktienkapital wird alljährlich durch Auslösung vermindert. Nach der diesjährigen Auslösung wird es nur noch 597600 M. betragen, ursprünglich waren es 2550000 M.

Das französische Buchgewerbe zieht gegen die Firma Pustet in Regensburg zu Felde. In der betr. wiederholten Eingabe an den Vatikan wird absolute Freiheit in der Wafl kirurgischer Werke, Aufhebung der der Firma Pustet übertragenen Privilegien in bezug auf die Herausgabe solcher Werke, Zurückziehung des Titels „Buchdrucker Sr. päpstlichen Heiligkeit, der Kongregation der Riten und des Indult“, usw. verlangt. Im Falle der Ablehnung soll die französische Regierung ein Gesetz aus dem Jahre X in Anwendung bringen, das die Kirchenvorstände verpflichtet, kein kirchengerät, kein kirurgisches Buch anders als französisches Fabrikats zu kaufen.

Wegen selbstverschuldeten Bankrotts hat der Buchdruckerbesitzer Jakob Koblichek in Wien vier Wochen Haft zu verbüßen.

Die Buchdruckerei Gebr. Stiepel in Reichenberg führt vom 1. Mai ab die zehnstündige Arbeitszeit ein.

In bezug auf Zeitungs-Konfiskationen hat der österreichische Justizminister einen Erlaß an die Oberstaatsanwaltschaften dem Abgeordnetenhaus mitgeteilt, der den Herausgebern bezw. Redakteuren die Kontrolle darüber nimmt, warum ihr Blatt konfisziert wurde. Demnach haben die Staatsanwaltschaften bei vorgenommenen Beschlagnahmen den angeforderten Zeitungen zwar den Artikel bekannt zu geben, wegen dessen die Konfiskation erfolgte, jedoch nicht, wie bisher, die inkriminierten Stellen des betreffenden Artikels. Wenn aber ein Blatt bei Veranstaltung einer zweiten Ausgabe an Stelle der konfiszierten Nummer durch Verlassen des Raumes, wo der konfiszierte Artikel stand, Ueberdrucken mit dem Worte „Konfisziert!“ oder auf ähnliche Weise nach Ansicht der Staatsanwaltschaft gegen die Konfiskation demonstriert, so ist ihm in der Folge auch der Artikel nicht zu besorgen, wegen dessen die Beschlagnahme erfolgte. — Zu was brauchen die Herren auch zu wissen, weshalb ihr Blatt dem Index verfiel, wenn es nur der betreffende Jenor weiß. Man hofft, daß das Abgeordnetenhaus gegen diese Praxis Front macht — wir glauben aber nicht daran! Es wäre allerdings Zeit, die ganze österreichische Staatsweishheit und ihre Verwandtschaft zu konfiszieren.

In Prag nahm die Polizei mehrere aus Wien eingetragene Kisten mit 70000 Exemplaren verschiedener Flugschriften, die Aufforderung zur Feier des 1. Mai enthaltend, in Beschlag.

Industrie und Gewerbe.
Dividenden. Die Aktiengesellschaft für Buntpapier- und Seidenfabrikation in Wschaffenburg zahlt für 1893 bei 91500 M. Abschreibung 10 Proz., die Aktiengesellschaft für Maschinenpapier-Fabrikation in Wschaffenburg 8 Proz. bei 195997 M. Abschreibung. In der Chronfabrik in Bernburg wurden vergangene Woche über hundert Arbeiter entlassen, die sich noch in einem Militärverhältnisse befinden. Ueber den Grund zu dieser Maßregelung ist nichts bekannt. Auf den Begeh des Essener Reviers erfolgten am 15. April Entlassungen und Kündigungen, auf Begeh Kolberlein allein 400 Kündigungen. Auf Königin Marienbütte in Einsdorf wurden gegen 200 Arbeiter des Puddelwerkes entlassen —

Rundschau.

Für Gratislieferung der Zeitungen an die Gehilfen und Lehrlinge legt ein Mitarbeiter der Zeitschrift eine Lanze ein, um sie besser technisch auf dem

